



Parlamentarische Einblicke für die **Region Trier**

# Berliner Einblick :

11. August 2016 | Nr. 22

## Europa nach dem Brexit-Referendum Wohin steuert die Europäische Union?

Das Votum für den Brexit hat Großbritannien verändert. Wahlkampf und Ergebnis haben die Gesellschaft verunsichert und gespalten. Viele eingewanderte EU-Bürgerinnen und -Bürger in GB wissen nicht, ob sie dort weiterhin leben und arbeiten können. Und auch Britinnen und Briten auf dem Festland haben Angst um ihren Aufenthaltsstatus. Schottland und Nordirland – beide hatten für einen Verbleib in der EU gestimmt – überlegen, ob sie ein Unabhängigkeits-Referendum durchführen sollen, damit sie in der EU bleiben können. Die Zukunft von europäischen Unternehmen auf der Insel ist ebenso ungewiss. Viele stellen vorerst Investitionspläne zurück und denken über eine Verlagerung der Geschäftsaktivitäten auf das Festland nach. Für Rheinland-Pfalz heißt das, dass ein Viertel der Unternehmen mit Geschäftsaktivitäten in Großbritannien

britannien dort künftig weniger investieren wird. Die britische Regierung muss auf diese Unsicherheit reagieren und rasch deutlich machen, wie die Beziehungen zur EU künftig gestaltet werden sollen. Fest steht: Großbritannien wird sich verändern. Aber auch Europa wird sich ändern müssen. Es geht dabei nicht nur um die Frage, ob die Entwicklung in Richtung eines engeren Zusammenwachsens der Europäischen Union oder in Richtung von mehr Zuständigkeiten für die Nationalstaaten gehen soll. Sondern vor allem darum, dass wir einen Aufbruch zu einem sozialen Europa wagen. Die Menschen brauchen ein Europa, das ihnen im Alltag spürbar hilft. Vielen Bürgerinnen und Bürgern fällt es immer schwerer nachzuziehen, was die EU für sie leistet. Die



Nach dem Brexit stellen sich für viele Britinnen und Briten auf dem Festland die Frage um ihren Aufenthaltsstatus.

der Europäischen Union oder in Richtung von mehr Zuständigkeiten für die Nationalstaaten gehen soll. Sondern vor allem darum, dass wir einen Aufbruch zu einem sozialen Europa wagen. Die Menschen brauchen ein Europa, das ihnen im Alltag spürbar hilft. Vielen Bürgerinnen und Bürgern fällt es immer schwerer nachzuziehen, was die EU für sie leistet. Die



Liebe Leserinnen und Leser,

die Abstimmung über den britischen Austritt aus der Europäischen Union ist nun einige Wochen her. Seitdem ist außenpolitisch viel passiert. Der Weg zum Brexit wird immer deutlich erkennbar. Zeit um sich die Situation erneut genau anzuschauen und zu bewerten. Dazu möchte ich in meiner neuen Ausgabe des Newsletter beitragen.

Des Weiteren möchte ich Sie über meine Sommertour sowie Veranstaltungen und Aktionen informieren.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen mit der Lektüre.

Liebe Grüße

*Katarina*

europäischen Institutionen erscheinen ihnen undurchschaubar und durchbürokratisiert. Hier müssen wir ansetzen: durch Entbürokratisierung und eine klare Verteilung von Zuständigkeiten. Zukünftig muss klar sein, dass auf europäischer Ebene nur das geregelt wird, was nicht national geregelt werden kann oder sollte.

Europa muss wieder spürbar werden. Die Europäische Union ist ein unvergleichliches Erfolgsprojekt, das seit Jahrzehnten den Frieden sichert und den Wohlstand in vielen Regionen gesteigert hat. Es gibt den Menschen die Freiheit zu leben, zu arbeiten, zu studieren oder ihren Ruhestand zu genießen, wo immer sie wollen und öffnet Konsumierenden und Unternehmen einen enormen Binnenmarkt. Und es wäre gut, wenn nationale PolitikerInnen europäische Erfolge nicht für sich reklamieren und nationale Misserfolge nach Brüssel schieben. Wir müssen auch wieder gut über Europa reden!

Brüssel muss die Menschen wieder von der europäischen Idee überzeugen. Und das gelingt nur, indem sie Politik für die Menschen macht – durch Investitionen in Wachstum, Schutz von Arbeitnehmerrechten und die Bekämpfung von Steuerflucht. Die hohe Arbeitslosigkeit, besonders die Jugendarbeitslosigkeit vor allem in Spanien, Italien und Griechenland, ist nicht hinnehmbar. Die EU muss dringend Lösungen finden, um die jungen Men-

schen durch Bildungsangebote und Beschäftigungsmöglichkeiten aus der Arbeitslosigkeit herauszuholen. Gerade sie profitieren von den offenen Grenzen, den vielfältigen Berufsmöglichkeiten und Austauschprogrammen wie Erasmus.

Auch in der Flüchtlingsfrage brauchen wir ein geeintes Europa. Diese Frage hat die Menschen verunsichert. Wir können

ihnen diese Angst nehmen, indem wir in Europa Zusammenhalt beweisen und endlich ein legales Einwanderungsrecht für die Europäische Union schaffen, um aus einer illegalen und ungesteuerten

Zuwanderung eine legale und gesteuerte zu machen. Das schulden wir den Europäerinnen und Europäern, aber auch den geflüchteten Menschen in Not.

Die Demokratisierungsprozesse, die mit der Spitzenkandidaten-Wahl 2014 begonnen haben, müssen weiter fortgesetzt werden. 2014 konnten die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stimme dem Kommissionspräsidenten, der de facto Regierungschef ist, zum ersten Mal direkt wählen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch Wahlen eine europäische Regierung durch eine andere ersetzen können, wie wir es aus den nationalen Demokratien kennen.

All das muss die nicht zwangsläufig in umfangreichen finanziellen Ausgaben enden. Grundsätzliche Investiti-

onen sind jedoch erforderlich. Mit einem guten Plan, strengeren Regeln und einer Stärkung der Wirtschaft ist es möglich, die Ausgaben in Grenzen zu halten.

Jetzt müssen wir erst einmal den Brexit akzeptieren. Die britische Bevölkerung hat demokratisch entschieden und nun muss der Wille der Wählerinnen und Wähler umgesetzt werden. Ein erster



Schritt dafür ist getan, die neue Premierministerin Theresa May wurde ins Amt eingeführt und hat die Regierung umgebildet. Jetzt muss zügig mit den Gesprächen begonnen werden.

Klar ist bei den Verhandlungen, dass es keinen neuen Briten-Rabatt geben wird. Denn es würde niemand verstehen, warum wir all die schwierigen Abstimungen in der EU brauchen, wenn man es auch ganz einfach haben kann. Klar ist auch, was für uns nicht verhandelbar ist: Einen Zugang zum Binnenmarkt gibt es nur, wenn alle vier Grundfreiheiten akzeptiert werden. Einer Sonderregelung, die den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital garantiert, aber die Arbeitnehmerfreizügigkeit einschränkt, werden wir nicht zustimmen.

Nur wenn die Europäische Union mit aller Kraft die Probleme anpackt, die die Menschen beschäftigen, kann sie Vertrauen zurückgewinnen. Wir müssen Europa verteidigen, indem wir es besser machen!



Am 05.08 konnte ich im SPD Ortsverein Mehring mit Genossinnen und Genossen über die Zukunft Europas diskutieren. Vor allem der Brexit und seine noch nicht absehbaren Folgen verunsichert viele Menschen.

## Änderungen im Arbeitslosengeld II

Die SPD übernimmt Verantwortung, die CDU/CSU blockt auch hier ab.

Am 13. Juli referierte ich bei einer Veranstaltung des AWO-Betreuungsvereins Trier-Saarburg zu den Änderungen im SGB II im Mehrgenerationenhaus in Hermeskeil.

*Mit dem Änderungsgesetz kommen wichtige Reformen sowohl Leistungsbeziehern als auch Jobcentern zu Gute.*

Beziehende von Arbeitslosengeld II erhalten Verbesserungen durch verlängerte Bewilligungszeiträume für Leistungsbescheide und bessere Möglichkeiten zur Ausbildungsförderung. Durch mehr Pauschalierungen wird die Einkommensermittlung ohne gleichzeitige Leistungskürzungen vereinfacht. Neben einer Gesamtangemessenheitsgrenze bei Miet- und Heizkosten (Bruttowarmmiete) werden ab sofort auch längere Fördermöglichkeiten für Langzeitarbeitslose sowie eine bessere Verzahnung der Jobcenterangebote und bessere Zuverdienstmöglichkeiten für schwerbehinderte Menschen geschaffen.

Die Jobcenter erfahren Vereinfachungen durch eine einheitliche Überprüfung der Heiz- und Unter-

CDU/CSU abgelehnt. Es ist uns leider in zahlreichen Gesprächen nicht gelungen, unsere Koalitionspartner davon zu über-



Mirjam Minder, Mitarbeiterin des AWO-Betreuungsvereins Trier-Saarburg, empfing uns im Mehrgenerationenhaus in Hermeskeil. Wir diskutierten mehrere Stunden über die Änderungen im ALG II.

kunftsstellen, eine Vereinfachung von Krankenzusatzversicherungen bzw. von ärztlichen Begutachtungen und eine zusätzliche Entlastung der Jobcenter bei sogenannten „Aufstockern“ und Flüchtlingen.

Die von der SPD vorgeschlagenen Änderungen beim Sanktionsrecht hat die

zeugen, dass jüngere Arbeitssuchende nicht schlechter als ältere behandelt werden. Sanktionen bei der Übernahme der Kosten der Unterkunft darf es nicht geben. Dies bleibt weiter auf unserer Agenda.

## Schulbesuch Max-Planck-Gymnasium und Kurfürst-Balduin-Realschule plus

In den vergangenen Wochen war ich wieder in Trierer Schulen zu Gast. Ich stellte mich den Fragen der Schülerinnen und Schüler des Max-Planck-Gymnasiums und der Kurfürst-Balduin-Realschule plus. Der Austausch mit jungen Menschen macht mir sehr viel Spaß! Man merkt immer wieder, wie politisiert unsere Jugend eigentlich ist. Hier müssen wir sie weiter fördern und Angebote wie zum Beispiel Jugendparlamente schaffen.



Max-Planck-Gymnasium in Trier



Kurfürsten-Balduin-Realschule plus in Trier

### IMPRESSUM

Berliner **Einblick:** – 11.08.2015 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Leif Knappe [LK] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 05.08.2016

## Sommerreise 2016

### Quer durch den Wahlkreis

Start meiner Sommerpause war natürlich **Schweich!** Mit Vertretern der Stadt und der Verbandsgemeinde habe ich den Umbau des Bahnhofs Schweich in Augenschein genommen. Der Bahnhof wird nach langer Zeit und vielen Diskussionen endlich barrierefrei ausgebaut. Hierfür konnte ich mit großem Einsatz Finanzmittel durch Bund und Land erwirken. Der nächste Halt war **Ehrang**. Dort haben mich die neue Quartiersmanagerin Melanie Bergweiler und der Ortsvorsteher Thiébaud Puel über die Projekte der Sozialen Stadt informiert. Ehrang bewegt sich und profitiert immens von dem Bundesprogramm Projekt Soziale Stadt! Die Mittel

dazu wurden von der SPD in dieser Legislaturperiode massiv erhöht. In **Pfalzel** war ich zu Gast in der in Container ausgelagerten Kita. Mit viel Engagement haben die Erzieherinnen und Eltern einen wunderschönen Ort für die Kinder geschaffen. Der Quartiersmanager Dominik Schnith hat mich in **Konz-Karthaus** empfangen. Bei einem Rundgang durch das Soziale-Stadt-Gebiet wurde mir die Entwicklung des Stadtteils vorgestellt. In **Saarburg** habe ich das neue Jugendzentrum im alten Bahnhofsgelände besichtigt. Das Jugendzentrum wird derzeit mit erheblichen Bundesmitteln umgebaut.



Melanie Bergweiler und Thiébaud Puel gaben einen Einblick in ihre Arbeit.



In Konz-Karthaus ist noch viel zu tun, nicht nur der Bahnhof muss erneuert werden.



In Pfalzel war ich in der in Containern ausgelagerten Kita.



Saarburg überzeugte mit seinem Projekt des Jugendzentrums im alten Bahnhof!

## Kreisparteitag der SPD Trier-Saarburg

Mein Kreisverband Trier-Saarburg hatte am 15. Juli seinen Kreisparteitag. Es war der letzte, an dem ich als Vorsitzende die Versammlung eröffnen durfte. Durch das neue Amt der Generalsekretärin der SPD habe ich mich dazu entschlossen, nicht mehr für das Amt der Vorsitzenden zu kandidieren. Über die vielen Genossinnen und Genossen, die sich für meine Arbeit in den vergangenen Jahren bedankt haben, habe ich mich sehr gefreut. Dirk Bootz wurde als neuer Kreisvorsitzender gewählt. Ich wünsche ihm und seinem ganzen Team alles Gute und viel Erfolg bei der Arbeit und den anstehenden Themen im Kreis. Natürlich werde ich als Abgeordnete weiterhin die Arbeit unterstützen.



Nach meinem Rechenschaftsbericht wählten die Mitglieder einen neuen Kreisvorstand.

## Vorankündigung: Fraktion-vor-Ort

Am 16. September lade ich Euch ab 18 Uhr herzlich zur Veranstaltung mit dem Thema „Fluchtursachen bekämpfen - Was leistet Entwicklungspolitik?“ in den Warsberger Hof in Trier ein. Zusammen mit Klaus Jensen, Oberbürgermeister der Stadt Trier a.D., MdB und Entwicklungspolitischer Sprecher Stefan Rebmann und der Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe Bärbel Dieckmann diskutiere ich die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland.